

**GASTKOLUMNE** über die Ausgaben des Staates für den öffentlichen Verkehr

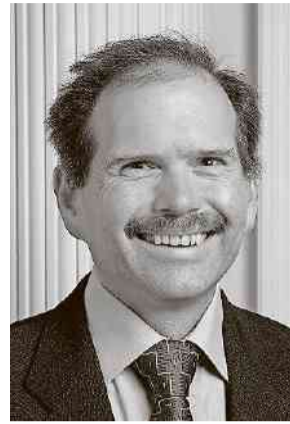
## Ode an das Velo

Der Verband Pro Velo will offenbar einen Massnahmenkatalog zur Veloförderung unter Kindern und Jugendlichen ausarbeiten. So konnten wir es vergangenes Wochenende in der «Schweiz am Sonntag» lesen. Die junge Generation fahre weniger Velo als vor 20 Jahren. Nur noch halb so viele Kinder und Jugendliche wie Anfang der 1990er-Jahre seien heute mit dem Velo unterwegs. Pro Velo mutmasst, dass die Jugendlichen aufgrund längerer Schulwege vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benützen und die jüngeren Kinder von den Eltern mit dem Auto chauffiert werden.

Die Mutmassungen der Pro Velo stimmen mit meiner Einschätzung überein: Bei der jungen Generation steht der öffentliche Nahverkehr höher im Kurs als das Velo. Als verfehlt erachte ich jedoch die Absicht, angesichts dieses Missstandes einzig staatliche Massnahmen zur Förderung des Veloverkehrs zu propagieren. Das Problem sollte wie immer an der Wurzel gepackt werden. Weshalb benutzen nur noch halb so viele Junge wie vor 20 Jahren das Velo? Ja, man muss das Kind beim Namen nennen: Weil der öffentliche Nahverkehr zu attraktiv geworden ist!

Aktuell werden überall die Budgets für das nächste Jahr behandelt. Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr sind aber nie ein Thema. Soweit es um den Schienenverkehr geht, ist nichts dagegen einzuwenden. Die Bahnbetriebe sind Vorzeigunternehmungen, auf die wir stolz sein können. Was die SBB und Postauto - nicht zu verwechseln mit der maroden Briefpost - bieten, ist schlicht und einfach genial: Pünktlich und komfortabel wie nirgends sonst auf der Welt können wir in fast jede Ecke der Schweiz reisen. Die Ausgaben des Staates für den öffentlichen Verkehr sind in der Politik jedoch ein Tabuthema. Vor den Erneuerungswahlen im Kanton Solothurn im nächsten Jahr gilt das wohl erst recht. Ich meine aber: Der Fahrplan der Busbetriebe rund um unsere drei Städte im Kanton könnte ohne weiteres halbiert werden. Indes mögen sich weder die Partei, der ich als Mitglied angehöre (mehr Freiheit - weniger Staat - mehr Selbstverantwortung) noch die rechtsausser positionierte SVP oder die velo-freundlichen Grünen für diese Forderung erwärmen.

Der öffentliche Nahverkehr punktet mit einem Fahrplan, den man meist nicht mehr konsultieren muss. Wes-



**Beat Frey**

Der Autor ist Gemeindepräsident von Wangen bei Olten und solothurnischer Oberrichter.

halb soll ich dann noch den mühsamen Weg wählen und das mit Muskelkraft und bei unangenehm feuchter Witterung in Bewegung zu setzende Velo aus dem Keller holen? Auf dem Weg zur Schule oder zum Arbeitsort muss ich zudem dem Bus, der weiterfahren will, stets den Vortritt lassen und dasselbe gilt bei jedem Lichtsignal. Privilegierung des öffentlichen Verkehrs über alles. Im Gegensatz zum Auto kann ich dabei aber nicht einfach aufs Pedal treten, sondern muss meine Muskelkraft einsetzen. Das merken sich natürlich auch Schüler, Kinder und Jugendliche und fahren nicht mehr Velo.

Das Velo ist ein Verkehrsmittel, das man nutzen kann, wann man will. Für mich als liberaler, freiheitsliebender Mensch das ideale Verkehrsmittel. Staatliche Unterstützung und einen so ausgedehnten Busverkehr in Solothurn, Olten und Grenchen

braucht es nicht. Es wäre doch so einfach, den öffentlichen Nahverkehr auf die Hälfte zu beschränken, mit der Folge, dass die Jungen wieder mehr Velo fahren würden und wenn sie erwachsen sind nicht gleich einen grossen BMW leasen und dann ihre eigenen Kinder damit zur Schule chauffieren.

Zugegebenermassen überspitzt dargestellt: 1988 in Ostberlin bezahlten wir 20 Ostpfennig oder umgerechnet 6 Schweizer Rappen für eine U-Bahn-Fahrkarte. Die Benutzung des öffentlichen Verkehrs in der sozialistischen DDR war somit fast gratis. Wie wir alle wissen, ging die DDR bankrott - die staatlich geförderte Verkehrspolitik hatte ebenfalls dazu beigetragen. Beim öffentlichen Nahverkehr kann man viel sparen. Und das Einsparungspotenzial ist nicht gering - meiner Meinung nach zum Wohle und der Gesundheit aller.

### Es wäre doch so einfach, den öffentlichen Nahverkehr auf die Hälfte zu beschränken.



Präsident Konrad Imbach (Mitte) mit dem neuen Geschäftsführer Patrick von Däniken (l.) sowie dem abtretenden Geschäftsführer Geri Kaufmann. ZVG

## Gegenstimmen zum HESO-Auftritt 2018

**Bürgergemeinden** An der Verbandsversammlung in Zuchwil konnten sich nicht alle mit der Sonderschau Kraftort Wald an der HESO 2018 einverstanden erklären.

Die Kosten für den Auftritt des Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verbands Kanton Solothurn (BWSO) an der Solothurner Herbstmesse vom kommenden Jahr dürften mit 710 000 bis 880 000 Franken zu Buche schlagen. Zuviel findet Rudolf Studer, Präsident des Bürgerrates Hägendorf. Deshalb stellte er an der Verbandsversammlung in Zuchwil den Antrag, das Projekt HESO 2018 ersatzlos zu streichen. «Dieses Projekt können wir nicht mittragen», meinte Studer. In der Abstimmung sprach sich mit 59 zu 4 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) die grosse Mehrheit der Delegierten für den HESO-Auftritt aus. Die Sonderschau «Kraftort Wald» des BWSO findet also an der Solothurner Herbstmesse 2018 statt.

Das Projekt lasse grosse Flexibilität zu und könne auf die finanziellen Möglichkeiten ausgerichtet werden, hielt Noch-Geschäftsführer Geri Kaufmann fest. Die höchsten Aufwände würden dabei verursacht durch die Sonderschau an der HESO selber, die Bauten und die Projektleitung. Zulasten der Bürger- und Einheitsgemeinden des Kantons würden 100 000 Franken gehen, zahlbar innert zwei bis drei Jahren. Geplant ist, dass der Bürgerge-

meinde und Waldeigentümergeinschaft auf dem Ausstellungsgelände seine Herkunft, Aufgaben und Funktionen darstellt. Im Zentrum würden zudem die Institution Bürgergemeinde und ihre Kernaufgaben thematisiert, heisst es in einer Mitteilung des Verbands. Zum andern soll ein geführter Waldrundgang im Waldgebiet Martinsflue der Bürgergemeinde Solothurn Wissenswerte über die Funktionen des Waldes vermitteln. «Der Waldrundgang könnte als Gegensatz zur Ausstellungshetik eine angenehme Oase der Ruhe darstellen», sagte Präsident Konrad Imbach, Biberist. Im Rahmen der Sonderschau soll auch ein breit gefächertes Schulprogramm angeboten werden.

**Von Däniken folgt auf Kaufmann** Sämtliche ordentlichen Geschäfte wurden von den Verbandsdelegierten ohne Gegenstimmen genehmigt. Am Schluss verabschiedete die Versammlung Geschäftsführer Geri Kaufmann aus Aeschi. Seit 1996 leitete Kaufmann die Verbandsgeschäfte. Präsident Konrad Imbach rühmt die «gute Zusammenarbeit». Der neue Geschäftsführer Patrick von Däniken stellte das Jahresleitthema des Verbandes für 2017 «Kulturelle Leistungen der Bürgergemeinden» vor. Unter «Informationen» äusserte sich Bürgerpräsident Urs Schläfli aus Deitingen kritisch zur Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Wald. Präsident Konrad Imbach sieht in dieser Unzufriedenheit eine Vermittlungsaufgabe des Verbandes. (MGT)

## «Freikaufen» ist zu billig

**Feuerwehrrersatzabgabe** Regierungsrat ist dennoch gegen eine Erhöhung bis zu 800 Franken

Ist es nicht der Traum jedes kleinen Knaben, ein mutiger Feuerwehrmann zu sein? Doch im dienstfähigen Alter angelangt, ist das Heldenbild längst verblasst und man zahlt lieber die Feuerwehrrersatzabgabe, anstatt sich zum Feuerwehrmann ausbilden zu lassen. Im Kanton Solothurn beträgt die minimale Ersatzabgabe 20 Franken, die maximale 400 Franken. Den genauen Prozentsatz kann jede Gemeinde in diesem vorgegebenen Rahmen selbst festlegen.

Nur zwanzig Franken, um sich von der Feuerwehr «freizukaufen» - das sei ja geradezu eine Einladung, dieser Bürgerpflicht nicht nachzukommen, findet der Präsident des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) Kuno Tschumi. «Es gibt weniger Feuerwehrleute als benötigt, und die Rekrutierung wird immer schwieriger», so Tschumi. «Spürten die Leute die Feuerwehrabgabe mehr im Portemonnaie, würde es sich der eine oder andere überlegen, doch den Feuerwehrdienst zu leisten.» Nun haben die Solothurner

Gemeinden einen Antrag an den Regierungsrat gestellt: Die Rahmenbreite der Feuerwehrrersatzabgabe soll auf mindestens 100 Franken und maximal 800 Franken erhöht werden. «Das Feuerwehrewesen ist Sache der Gemeinden. Der grössere Rahmen lässt ihnen mehr Freiheiten, die Abgabe nach ihren Bedürfnissen anzusetzen», sagt Tschumi. In einer Umfrage des VSEG begrüsst 73 Prozent der Gemeinden und Feuerwehrorganisationen eine Erhöhung der Abgabe.

### Qualitätseinbusse befürchtet

Vergangene Woche verkündete der Regierungsrat seine Meinung bezüglich Feuerwehrrersatzabgabe. Nach seinem Dafürhalten, ist eine derartige Erhöhung nicht notwendig und brächte nachteilige Auswirkungen mit sich. So befürchtet der Regierungsrat eine Qualitätsabnahme der Feuerwehrleistung, wenn Feuerwehrleute mit finanziellen Anreizen gewonnen werden. Die Angehörigen der Feuerwehr sollten ihre ver-

antwortungsvolle Arbeit, Leben zu retten und zu schützen, aus voller Überzeugung und nicht aus finanziellen Überlegungen wahrnehmen, schreibt der Regierungsrat. Das beklagte Rekrutierungsproblem wird in der Stellungnahme widerlegt: Einzig bei der Ausbildung der Offiziere bestünden gewisse Engpässe, ansonsten gebe es sogar einen Überbestand an Feuerwehrleuten.

Im interkantonalen Vergleich bewegt sich Solothurn mit der momentanen Minimalabgabe von 20 Franken eher im unteren, die Maximalabgabe von 400 Franken eher im oberen Bereich.

Etwas entgegengekommen ist der Regierungsrat den Solothurner Gemeinden dann doch. Er stimmt zu, die minimale Feuerwehrrersatzabgabe auf 30 Franken und die maximale auf 500 Franken anzuheben. «Das ist ein fader Kompromiss, der nichts bringt», findet Tschumi. Nun liegt der definitive Entscheid beim Kantonsrat. Der VSEG werde sich dafür einsetzen, dass der Rat den Vorstoss gutheisse, kündigt Tschumi an. (JKR)

## Für ein Erdbeben gewappnet

**Erdbeben** Der Regierungsrat erklärt, wie die Katastrophenhilfe auf den Ernstfall vorbereitet ist

VON MORENA ADIMARI

Wäre der Zivilschutz hierzulande gegen ein starkes Erdbeben gewappnet so wie es gerade in Italien geschah? Zufälligerweise hat die Solothurner Regierung praktisch ebendiese Frage eben erst beantwortet. CVP-Kantonsrat Dieter Leu (Rickenbach) hat nämlich eine entsprechende Interpellation eingereicht, zu der der Regierungsrat am 24. Oktober Stellung genommen hat.

Immerhin ist das entsprechende Übungsszenario schon durchgespielt worden: Während der Erdbebenübung «Seismo» - basierend auf dem Szenario des historischen Erdbebens in Basel von 1356 - wurden 2012 die möglichen Schäden eines Erdbebens der Stärke 6,5 bis 7 im Kanton Solothurn errechnet. Dabei kann man sich auf kantonale Eventualplanungen stützen. Da man nicht davon ausgehen könne, dass es zeitgleich schweizweit zu einem Beben

komme, wird versichert, dass in der Schweiz genügend beheizbare Zelte vorhanden seien. «Die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung ist in einer Verordnung des Bundes geregelt», schreibt der Regierungsrat.

### Problem mit Versicherungslücke

Auch eine gute medizinische Versorgung könne garantiert werden. Beispielsweise würden hierfür die Akutspitäler die eigenen Katastrophenpläne auslösen und somit die Aufnahme- und Operationskapazität erhöhen.

Der Regierungsrat erklärt darüber hinaus, dass eine genaue Einsatzplanung für private, schwere Baumaschinen und andere Hilfsmittel nicht zwingend notwendig sei. Um dennoch im Notfall eine Regelung der Hilfsmittelverfügbar-

keit zu gewährleisten, soll in Zukunft der Zugriff auf Material und Infrastrukturen von Firmen oder Dritten durch ein neues Gesetz zur Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen geschaffen werden.

Als Letztes wird vom Regierungsrat die Gebäudeversicherung angesprochen: «Die Solothurnischen sowie auch andere kantonalen Gebäudeversicherungen schliessen das Erdbebenrisiko und die Folgeschäden aus.» Diese seien keine Elementarschäden. «Es besteht zwar ein Erdbebenpool (auf freiwilliger Basis könnten bis zweimal 2 Mrd. ausgezahlt werden), aber es existiert trotzdem keine Versicherungslösung.» Diese Versicherungslücke soll nun durch einen bundesrätlichen Auftrag bis Ende 2016 geschlossen werden.

### «Wäre der Zivilschutz hierzulande gegen ein starkes Erdbeben gewappnet?»

Dieter Leu CVP-Kantonsrat